



Factsheet II: Die Isolation durchbrechen - Weltweiter Hungerstreik kurdischer Aktivisten

Warum ein Hungerstreik?

Der Hungerstreik als Mittel des politischen Protestes wird in Deutschland von vielen Menschen abgelehnt und stößt häufig auf Unverständnis. In der Geschichte der oppositionellen, demokratischen Bewegung in der Türkei haben Hungerstreiks allerdings Tradition. Sie werden oftmals aus Gefängnissen heraus gegen die Repressionen des Staates als letzte Protestmöglichkeit angewendet. Am 7. November 2018 begann die Abgeordnete der HDP (Demokratische Partei der Völker) Leyla Güven, im Gefängnis von Amed (Diyarbakir) einen unbefristeten Hungerstreik. Die 54-jährige Politikerin fordert die Aufhebung der Isolation Abdullah Öcalans auf der Gefängnisinsel Imrali.

Sie hat eine Protestbewegung initiiert, der sich tausende Menschen angeschlossen haben. Die Hungerstreikaktionen in den türkischen Gefängnissen haben am 16. Dezember letzten Jahres begonnen. Zum 1. März beteiligten sich laut Medienberichten insgesamt 7.000 Gefangene an der Aktion, 3.000 im unbefristeten Hungerstreik und 4.000 im befristeten Hungerstreik. Am 30. April und am 10. Mai sind jeweils 15 politische Gefangene aufgrund der anhaltenden Ignoranz der türkischen Regierung ins „Todesfasten“ getreten. Beim „Todesfasten“ (ölüm orucu) nehmen die Häftlinge nur noch Wasser, Zucker und Salz zu sich und verweigern die Aufnahme von Vitaminen.

Da es in der Türkei keinerlei Raum mehr für offene politische Artikulation gibt, bleibt den politischen Aktivistinnen und Aktivisten nur noch der Versuch, durch einen unbefristeten Hungerstreik die internationale Öffentlichkeit wach zu rütteln und Druck auf die türkische Regierung aufzubauen, damit sie ihre eigenen Gesetze und internationalen, rechtlichen Normen umsetzt.

Bislang haben während des Hungerstreiks bereits acht Menschen ihr Leben verloren, sieben von ihnen im Gefängnis. Weiterhin beteiligen sich in verschiedenen europäischen Ländern und weltweit dutzende kurdische Aktivist*innen am Hungerstreik und teilen die Forderung nach einem Ende der Isolationsbedingungen Öcalans. So dauert beispielsweise der Hungerstreik im französischen Straßburg, an dem 14 kurdischen politischen AktivistInnen teilnehmen, seit dem 17. Dezember 2018 an.

Welche Forderung haben die Hungerstreikenden?

Die gemeinsamen Forderungen der Hungerstreikenden haben alle die Aufhebung der Totalisolation von Abdullah Öcalan zum Ziel. Am 22. März 2019 wurde eine Deklaration der politischen Gefangenen mit sieben Forderungen veröffentlicht. Darin heißt es:



- *Die aktuelle Gesetzgebung der Türkei besagt, dass unserem Vorsitzenden das Recht zusteht, regelmäßig den Besuch seiner Angehörigen zu empfangen. Dieses Recht darf nicht außer Kraft gesetzt werden.*
- *Die regelmäßigen Visiten der AnwältInnen unseres Vorsitzenden auf der Gefängnisinsel Imrali müssen gestattet werden. Dieses Recht darf nicht ausgesetzt werden.*
- *Im Rahmen der Gesetzgebung hat unser Vorsitzender das Recht mit seinen Familienangehörigen Telefongespräche zu führen. Auch steht ihm das Recht zu, Briefe und Faxe zu senden und zu empfangen. Diese Rechte dürfen nicht außer Kraft gesetzt werden.*
- *Das Recht unseres Vorsitzenden Fernsehen zu schauen, Radio zu hören, Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, die er wünscht, zu erhalten, darf in keiner Weise eingeschränkt werden.*
- *Das regelmäßige Zusammenkommen unseres Vorsitzenden mit seinen Mitgefangenen darf nicht eingeschränkt werden.*
- *Um die gesundheitliche Unversehrtheit unseres Vorsitzenden zu gewährleisten, müssen Bedingungen geschaffen werden, die seine regelmäßige Untersuchung durch unabhängigen ÄrztInnengruppen erlauben.*
- *Damit unser Vorsitzender seiner Rolle für eine demokratische und friedliche Lösung der kurdischen Frage und die Demokratisierung des Mittleren Ostens gerecht werden kann, müssen alle hierfür bestehenden Hinder-*

nisse aus dem Weg geräumt werden. Es müssen die Bedingungen für ein freies Leben und Arbeiten geschaffen werden.

Die Hungerstreikenden machen in der Deklaration klar, dass sie bis zur Erfüllung ihrer Forderungen ihre Aktion fortsetzen werden. Sie erklären zugleich, dass die Forderungen im Kontext internationaler Rechtsstandards stehen, zu denen sich auch die Türkei verpflichtet hat. Daher fordern sie, dass die entsprechenden rechtlichen Kriterien auch im Falle Abdullah Öcalans eingehalten werden.

Warum steht Abdullah Öcalan im Fokus des Hungerstreiks?

Der Vordenker der kurdischen Befreiungsbewegung, Abdullah Öcalan, befindet sich seit seiner völkerrechtswidrigen Verschleppung im Februar 1999 auf der türkischen Gefängnisinsel Imrali. Elf Jahre war er der einzige Häftling auf der Insel – bewacht von mehr als tausend Soldaten. Öcalans Freiheit ist essentiell für eine friedliche und politische Lösung der kurdischen Frage. Der Umgang des türkischen Staates mit Abdullah Öcalan ist immer ein Spiegelbild für seine Politik gegenüber der kurdischen Bevölkerung.

Bevor die Friedensgespräche zwischen Öcalan und Vertretern des türkischen Staates, die Ende 2012 begonnen worden waren, im Juli 2015 endgültig für beendet erklärt wurden, setzte die türkische Regierungspartei AKP bereits seit über drei Monaten auf die erneute Totalisolation Öcalans. Auf die Isolationshaft seit dem 5. April 2015 folgte ein umfassender Krieg des türkischen Staates in den Städten Nordkurdistan.



Öcalan ist weiterhin sehr einflussreich. Er wird als die Stimme des Friedens anerkannt und gilt als legitimer Sprecher für die kurdische Gesellschaft. Bei einer weltweiten Unterschriftenkampagne im Jahre 2012 forderten mehr als zehn Millionen Menschen seine Freilassung aus dem Imrali-Gefängnis. Der aktuelle Hungerstreik zielt auf ein Ende seiner Isolationsbedingungen auf der Gefängnisinsel ab, damit er sich wieder für den Frieden in der Türkei und im Mittleren Osten einsetzen kann.

Was im Zuge des Hungerstreiks bislang geschah?

Seit Beginn des Hungerstreiks gestattete der türkische Staat einen fünfzehnminütigen Besuch seines Bruders (am 12. Januar 2019) und einen Besuch von zwei AnwältInnen Öcalans (am 2. Mai 2019) auf der Gefängnisinsel Imrali. Zuvor waren jegliche Anwaltskonsultationen seit dem 27. Juli 2011 verwehrt worden. Der wichtigste politische Gefangene in der Türkei musste somit seit fast acht Jahren ohne jeglichen Rechtsbeistand auskommen.

Nach dem Besuch bei Öcalan verkündeten seine AnwältInnen auf einer Pressekonferenz am 6. Mai eine Botschaft aus der Gefängnisinsel Imrali, die sowohl von Öcalan selbst als auch seinen drei Mitinsassen unterzeichnet wurde. Die Botschaft stellt zusammengefasst ein Friedensangebot an den türkischen Staat dar. In der Erklärung wird unter anderem auf die dringende Notwendigkeit demokratischer Verhandlungen für die Lösung der gesellschaftlichen Fragen in der Türkei und im Mittleren Osten hingewiesen. Im Hinblick auf die Hungerstreikenden hieß es: „Für uns ist ihre

geistige, körperliche und psychische Gesundheit wichtiger als alles andere.“

Kurz nach der Pressekonferenz wandten sich die Hungerstreikenden an die Öffentlichkeit und erklärten, dass mit einer einmaligen Besuchserlaubnis auf Imrali die Isolationsbedingungen Öcalans nicht durchbrochen seien. Die Hungerstreikenden verwiesen auf ihre Deklaration und machten klar, dass sie ihre Aktion fortsetzen werden, bis alle Forderungen erfüllt sind. Die seit dem 3. März hungerstreikenden HDP-Abgeordneten Leyla Güven, Dersim Dağ, Murat Sarısaç und Tayip Temel riefen die türkische Regierung zu einer öffentlichen Stellungnahme auf, in welcher ein offizielles Ende der Isolationsbedingungen Öcalans verkündet wird. Eine Reaktion der Regierung dazu ist bislang ausgeblieben. Schon nach dem Besuch des Bruders von Abdullah Öcalan auf Imrali werteten die Hungerstreikenden dieses als Manöver des Staates und erklärten, dass ihre Aktion so lange fortgesetzt wird, bis die Isolation Öcalans vollständig aufgehoben ist.

Handlungsvorschläge an die deutsche Zivilgesellschaft und Politik

Als Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. sind wir darum bemüht, die Forderungen der Hungerstreikenden und der kurdischen Community in Deutschland in die Öffentlichkeit zu tragen, die seit Monaten ihren Protest und ihre Solidarität tagtäglich kundtun. Wir verstehen uns dabei als eine Art Brücke zwischen den kurdischen Community in Deutschland und der deutschen Öffentlichkeit und Politik.



„Ein würdevoller Frieden und eine demokratische politische Lösung stehen für uns an erster Stelle“, hieß es in der jüngsten Botschaft der Gefangenen aus dem Imrali Gefängnis. Wie dringend die Forderung nach Frieden und Demokratie in der Türkei ist, wurde angesichts der Vorgänge rund um die Kommunalwahlen in Istanbul nochmals eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Der Wunsch nach Demokratie und Frieden in der Türkei, bewegt auch in Deutschland den größten Teil der kurdischen Community und weite Teile der türkischstämmigen MigrantInnen. Die Forderung der Hungerstreikenden nach einem Ende der Isolationsbedingungen Öcalans steht im unmittelbaren Zusammenhang mit diesem Wunsch. Wir sind davon überzeugt, dass auch aus Deutschland ein positiver Impuls für die Demokratie und einen würdevollen Frieden in der Türkei und darüber hinaus dem Mittleren Osten gesetzt werden kann.

In diesem Sinne möchten wir einige konkrete Handlungsvorschläge für Medien, Öffentlichkeit und Politik in der Bundesrepublik benennen:

- Die deutschsprachigen Medien könnten mit einer Berichterstattung über die Hungerstreikaktionen sowie die Forderungen und Beweggründe der Beteiligten eine Rolle zur differenzierten öffentlichen Wahrnehmung der Proteste spielen.
- Die zivilgesellschaftlichen Organisationen (Stiftungen, Gewerkschaften, Kirchen, Dachverbände etc.) laden wir dazu ein, Delegationen in die

Türkei zu entsenden, um die Haftbedingungen der Hungerstreikenden zu dokumentieren und die Einhaltung internationaler Verträge sowie der Menschenrechte zu überprüfen.

- Zivilgesellschaftliche Organisationen als auch einzelne Verantwortsträger können mithilfe von Appellen, Aufrufen und Stellungnahmen die Bundesregierung dazu animieren, Druck auf die türkische Regierung aufzubauen, damit diese den Forderungen der Hungerstreikenden entgegen kommt.
- Künstlerinnen und Künstler könnten sich mit kreativen Projekten für die Durchsetzung der Forderungen der Hungerstreikenden einsetzen und auf diese aufmerksam machen.
- Die Bundesregierung und die Verantwortlichen in der EU, im Europarat und dem Komitee zur Verhütung von Folter (CPT) sollten eine positive Rolle spielen und Druck auf die türkische Regierung ausüben, damit diese die Menschenrechte einhält und den Forderungen der Hungerstreikenden entspricht. Hierfür sind über die bisher getätigten einzelnen Stellungnahmen hinaus auch konkrete Schritte der Bundesregierung notwendig.
- Darüber hinaus kann die deutsche Bundesregierung als führendes Mitglied des Rats der Europäischen Union auf diesen einwirken, damit die Türkei zur Einhaltung internationalen Rechts bewegt wird.

Weitere Informationen rund um den Hungerstreik finden Sie auf unserer [Homepage](#) und unserem [Factsheet I](#)